



Sitzungsvorlage 12/0050/2026

Beratung	Status	Sitzungstag	Behandlung
Kreisausschuss	öffentlich	22.06.2026	Information

Beratungspunkt:

Allgemeiner Bericht; Kreishaushalt 2026 - Genehmigung durch die Regierung von Mittelfranken

Sachverhalt:

Mit Bescheid vom 15.04.2026 genehmigte die Regierung von Mittelfranken den Kreishaushalt für 2026. Im Gegensatz zu den Vorjahren blieb es nicht bei einer rechtsaufsichtlichen Würdigung, da die Haushaltssatzung Kreditaufnahmen für Investitionen vorsieht.

Die Regierung stellt fest, dass im Haushaltsjahr 2026 und im Finanzplanungszeitraum bis 2029 die Finanzierung der Kredittilgung über die Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt in ausreichender Höhe dargestellt werden kann. Über die gesetzlich geforderte Mindestzuführung in Höhe der ordentlichen Tilgungen hinaus könne aber keine nennenswerte freie Finanzspanne erwirtschaftet werden, welche wiederum als Eigenfinanzierungsanteil für Investitionen genutzt werden könne.

Die sich abzeichnende Entwicklung der Finanzlage bezeichnet die Regierung als dramatisch. Aktuell ist die Finanzierung der Investitionen nur durch eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage möglich. Ab dem Finanzplanungsjahr 2028 kommen weitere Entnahmen nicht mehr in Betracht, da dann die Rücklage bis auf die Mindestrücklage aufgebraucht sein wird.

Den Umstand, dass im laufenden Haushaltsjahr ein Verlustausgleich zur Abdeckung der Jahresfehlbeträge des Kommunalunternehmens Kliniken nicht eingeplant wurde, betrachtet die Aufsichtsbehörde ebenfalls sehr kritisch.

Die Regierung empfiehlt, die geplanten Investitionen auf den Prüfstand zu stellen. Es wird die Befürchtung geäußert, dass künftige Haushalte nicht mehr genehmigungsfähig sein könnten und die Beschränkungen einer vorläufigen Haushaltsführung eine deutliche Verringerung der finanziellen Handlungsfähigkeit und einen sehr weitgehenden Verlust kommunaler Gestaltungsspielräume nach sich ziehen würde.

Uns als politisch Verantwortliche ist selbstverständlich bewusst, wie desaströs sich die finanzielle Lage darstellt. Und doch können wir nicht den Kopf in den Sand stecken - vielmehr gilt es auch in schwierigstem Fahrwasser, die richtigen und notwendigen Projekte voranzutreiben, um die Zukunftsfähigkeit unseres Landkreises sicherzustellen. Der Landkreis ist Träger u.a. mehrerer weiterführender Schulen und des Kommunalunternehmens Kliniken und damit z.B. verantwortlich für Bildung und Gesundheit.

Frankens Mehrregion ist aber nicht exklusiv in einer schwierigen Lage – nahezu alle Kommunen sind betroffen. Deswegen beteiligen sich am heutigen Aktionstag „Kommunen am Limit“ Städte, Landkreise und Gemeinden, um auf die kommunale Finanzsituation aufmerksam zu machen. Die kommunalen Spitzenverbände – Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag und Deutscher Städte- und Gemeindebund haben gemeinsam zu diesem Aktionstag aufgerufen und fordern von Bund und Ländern, endlich entschlossen zu handeln und Maßnahmen gegen die kommunale Finanzkrise zu ergreifen.

Die kommunalen Spitzenverbände fordern eine vollständige Beseitigung des kommunalen Finanzierungsdefizits und eine Ausweitung des Konnexitätsprinzips mit einem vollständigen finanziellen und dynamisierten Ausgleich für alle übertragenen Aufgaben.

Die kommunale Finanzkrise ist nicht abstrakt. Sie ist sehr konkret vor Ort spürbar. Bund und Länder müssen handeln, damit der Staat vor Ort für seine Bürgerinnen und Bürger handlungsfähig bleibt. Um diesen Anspruch deutlich zu machen, habe ich hierzu auch in einer Videobotschaft an die Bewohnerinnen und Bewohner unserer Mehrregion Stellung bezogen.

Wenngleich der Landkreis selbst keine Schuld an der Misere trägt – genannt seien hier vielmehr stichpunktartig die schwächelnde Wirtschaft unter anderem aufgrund des Ukrainekrieges, ausufernde Soziallasten vor allem in der Jugendhilfe oder die nicht auskömmliche Krankenhausfinanzierung – so stehen wir hier trotzdem in der Verantwortung, aus der Situation das Beste zu machen und den Landkreis zukunftsfähig aufzustellen. Hierzu gehört natürlich, die finanzielle Situation des Landkreises durch eigene Anstrengungen zu verbessern; hier sei etwa an die Sparrunden im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen erinnert.